

Ölexportländer spüren den Schmerz

Unter den tiefen Preisen leiden beispielsweise Russland, Saudi-Arabien und Venezuela

Von Christian Mihatsch, Chiang Mai

Die niedrigen Ölpreise sind ein Segen für Ölimportländer. Doch die Exporteure des schwarzen Goldes sehen sich mit riesigen Haushaltsdefiziten und einer schrumpfenden Wirtschaft konfrontiert.

Kaum hatte sich der Ölpreis etwas stabilisiert, lässt Peking den Yuan fallen und der Ölpreis fällt mit. Die US-Energiebehörde (EIA) erwartet auch keine schnelle Besserung. In der vergangenen Woche hat sie den Ausblick für dieses und nächstes Jahr um rund zehn Prozent gesenkt und rechnet nun mit einem Ölpreis zwischen 50 und 60 Dollar bis Ende 2016. Aus Sicht von Importländern ist das ein Stimuluspaket: Die Nachrichtenagentur Bloomberg schätzt, dass die Importländer knapp 900 Milliarden Dollar sparen im Vergleich zu einem Ölpreis von über 100 Dollar. Dieses Geld fehlt anderen Ländern. Kuwait, die Arabischen Emirate oder Norwegen haben gigantische Finanzreserven angehäuft und können auch eine längere Phase tiefer Preise problemlos verkraften. Andere hingegen sind in einer weniger komfortablen Situation.

Begrenzte Reserven

In Russland haben der Ölpreisverfall und die westlichen Sanktionen infolge der Krim-Annexion eine tiefe Rezession verursacht. Das russische Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im zweiten Quartal dieses Jahres um 4,6 Prozent kleiner als ein Jahr zuvor. Da der Rubel in den letzten zwölf Monaten 40 Prozent seines Werts eingebüsst hat, liegt die Inflationsrate bei über zehn Prozent. Das russische Finanzministerium erwartet für dieses Jahr ein Budgetdefizit von 3,7 Prozent des BIP. In Anbetracht der sehr niedrigen Staatsschulden wäre das kein Problem, doch

DIE ZWÖLF GRÖSSTEN ÖLEXPORTLÄNDER DER WELT

Rang	Land	Exporte 2014*
1	Saudi-Arabien	7153
2	Russland	4487
3	Irak	2516
4	Ver. Arabische Emirate	2497
5	Kanada	2266
6	Nigeria	2120
7	Kuwait	1995
8	Venezuela	1965
9	Angola	1608
10	Mexiko	1220
11	Norwegen	1203
12	Iran	1109

* Wert aus 2014 in 1000 Barrel pro Tag (Quelle: Opec)



Eine Frage der Finanzreserven. Der tiefe Ölpreis belastet beispielsweise das Budget von Saudi-Arabien. Foto Keystone

wegen der Sanktionen hat Russland derzeit kaum Zugang zu den Finanzmärkten. Folglich wird es seine beiden Reservefonds angreifen müssen. Diese umfassen Mittel im Gegenwert von rund sechs Prozent des BIP und reichen für weniger als zwei Jahre.

Der russische Ökonom Sergei Guriev warnt zudem davor, dass die Militärausgaben aus dem Ruder laufen: Im ersten Quartal dieses Jahres betragen diese neun Prozent des BIP, doppelt so viel wie eigentlich budgetiert. Irene Shvakman von McKinsey in Moskau sagt: «Dies ist bei Weitem die schwerste Krise in Russland, sogar wenn man sie mit den Krisen der Jahre 1998 und 2008 vergleicht. Dabei haben wir das Schlimmste noch gar nicht gesehen.» Und sie warnt: «Der Bankensektor könnte sich als das schwache Kettenglied erweisen.» Sberbak, die grösste russische Bank, hat dieses Jahr bereits 3600 Mitarbeiter entlassen.

Hohe Militärausgaben sind auch ein Faktor beim Budgetdefizit in Saudi-Arabien. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet dort zwar ein gesundes Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent. Doch dieses ist teuer erkauft: Das Budgetdefizit wird dieses

Jahr 20 Prozent des BIP betragen. Dies hinterlässt Spuren in den Reserven des Wüstenkönigreichs: Diese sind in den vergangenen zwölf Monaten um acht Prozent auf noch 670 Milliarden Dollar gefallen und nehmen Monat für Monat um weitere zwölf Milliarden ab. Neben dem Budgetdefizit ist dafür auch Kapitalflucht verantwortlich.

Saudi-Arabien verschuldet sich

Seit dem arabischen Frühling fliesst jährlich Geld im Gegenwert von acht Prozent des BIP aus Saudi-Arabien ab. Um die Reserven zu schonen, hat Saudi-Arabien beschlossen, Schulden aufzunehmen. Damit wird nicht zuletzt die Armee finanziert. Die Militärausgaben machen über zehn Prozent der Wirtschaftsleistung aus und werden wegen des Kriegs gegen die Huthi-Rebellen in Jemen kurzfristig nicht sinken.

Kurz vor dem Staatsbankrott steht Venezuela. Die Märkte haben eine Wahrscheinlichkeit von über 60 Prozent eingepreist, dass das Land innert zwölf Monaten pleitegeht. Das Land muss dieses Jahr fünf und nächstes Jahr zehn Milliarden Dollar an Krediten zurückzahlen. Diese Summe entspricht fast genau den Reserven von 15 Milliar-

den Dollar. Wie gut oder schlecht es der Wirtschaft geht, ist ein Staatsgeheimnis. Die letzten Inflationszahlen sind viele Monate alt. Damals lag die Rate der Geldentwertung bei 68 Prozent. Analysten schätzen, dass die Inflationsrate heute über 120 Prozent liegt. Seit 2013 publiziert Venezuela keine BIP-Zahlen mehr. Der Internationale Währungsfonds schätzt, dass die Wirtschaft 2015 um sieben Prozent schrumpfen wird. Um seine Devisenreserven zu schonen, kürzt Venezuela Importe.

Da das Land ausser Öl aber kaum etwas produziert, fehlt es nun an fast allem von Klopapier bis zu Medikamenten. Für den Harvard-Professor und ehemaligen Planungsminister Venezuelas, Ricardo Hausmann, ist ein Bankrott kaum mehr abzuwenden: «Es ist nicht so, dass die Regierung einen Staatsbankrott plant. Ich denke, sie werden einfach hineinstolpern.»

Schwierig ist die wirtschaftliche Situation auch im Irak, in Nigeria und im Golfstaat Bahrain. Dort wird wegen der gefallen Ölpreise das Fleisch teurer. Wie die staatliche Nachrichtenagentur BNA am Samstag meldete, wird die Regierung die entsprechenden Subventionen ab September zurückfahren.

SBB verfehlten 2014 zwei Drittel ihrer Ziele

Bereich Infrastruktur schwächelt

Bern. Die SBB haben im Bereich Infrastruktur letztes Jahr nur fünf von 15 vereinbarten Zielen erreicht. Bezüglich Sicherheit erhielten sie zwar gute Noten, mehrere Vorgaben zur Produktivität verfehlten sie jedoch wegen des schlechten Zustands des Bahnnetzes. Insbesondere in den Bereichen Qualität und Verfügbarkeit des Netzes sowie der Produktivität schnitten die SBB schlecht ab. Das geht aus einem unveröffentlichten Papier über die Leistungsvereinbarung zwischen SBB und dem Bund hervor, über den die NZZ am Sonntag berichtete. Die SBB bestätigten gestern auf Anfrage die Angaben.

Die Betriebskosten und der Unterhalt des Bahnnetzes kosteten demnach mehr als geplant. Zudem mussten die Passagiere zu häufig wegen Unterhaltarbeiten auf einen Bahnersatzbus umsteigen: Die SBB setzten auf etwa 0,8 Prozent der gefahrenen Kilometer aus diesem Grund Busse ein und verfehlten den Zielwert von 0,19 Prozent damit deutlich. Auch bei den Schienenfehlern konnten die SBB die Zielvorgabe nicht einhalten: Statt maximal 1489 verzeichneten sie vergangenes Jahr fast 5000 Schienenfehler.

Die SBB erklärten das schlechte Abschneiden auf Anfrage damit, dass die Ziele in den Jahren 2009 und 2010 vereinbart worden waren, als man noch nicht gewusst habe, wie gross der Nachholbedarf beim Netz effektiv sei. Einige Ziele hätten sich daher als zu ambitioniert erwiesen. Gute Noten gab es für die SBB bezüglich der Sicherheit. Lediglich einen Zusammenstoss verzeichneten die SBB 2014 – das beste Ergebnis seit der Einführung der Leistungsvereinbarungen. Diese garantiert den SBB für Betrieb und Unterhalt des Netzes zwischen 2013 und 2016 total 6,6 Milliarden Franken. SDA

Diese Woche

17.08. Montag

- > Halbjahresergebnisse der VZ Holding und der Bankengruppe Clientis
- > Das Bundesamt für Statistik informiert über die Detailhandelsumsätze im Monat Juni

18.08. Dienstag

- > Halbjahresergebnisse des Fleischverarbeiters Bell, der Schokoladenfabrik Lindt & Sprüngli, der Luzerner Kantonalbank, der Immobilienfirma PSP Swiss Property und des Industriekonzerns Forbo

19.08. Mittwoch

- > Der Verband der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (Swissmem) informiert über das erste Halbjahr
- > Halbjahresergebnisse des Telekommunikationskonzerns Swisscom, des Rohstoffhändlers Glencore, des Milchverarbeiters Hochdorf, der Cembra Money Bank, des Nahrungsmittelherstellers Hügli und des Pharmazulieferers Siegfried

20.08. Donnerstag

- > Halbjahresergebnisse des Zahnimplantatherstellers Straumann, des Telekomkonzerns Sunrise, des Medienkonzerns Tamedia, des Baukonzerns Implen, des Schlüsselungstechnikers Kudelski und der Industriegruppe Looser
- > Aussenhandelsstatistik der Zollverwaltung für den Monat Juli
- > Das Beratungsunternehmen KPMG informiert über den Stellenwert von Forschung und Entwicklung in der Schweiz und zur Patentbox

21.08. Freitag

- > Statistik zu Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern des Jahres 2012
- > Halbjahresergebnisse des Reisekonzerns Kuoni, des Werbevermarkters Goldbach und des Handysoftwareherstellers Mobilezone

Bundesrat stellt weitere Fördergelder in Aussicht

Schneider-Ammann will KMU unter die Arme greifen

Bern. Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann rechnet mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Schweiz, nicht aber mit grossen Entlassungswellen. Zur Entlastung exportorientierter KMU stellt der FDP-Bundesrat weitere Fördergelder in Aussicht. Bereits im Juni hatte Schneider-Ammann die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) beauftragt, Unternehmen bei KTI-Gesuchen den Barbeitrag zu erlassen. «Nun planen wir, die KTI-Fördergelder aufzustocken», sagte der Bundesrat in einem Interview mit der Schweiz am Sonntag. Diese Art, einzugreifen und «den Spirit zu beeinflussen», sei unmittelbar am wirksamsten gegen die Auswirkungen des starken Frankens.

Unter den regulären Bedingungen der KTI müssen die Unternehmen einen Anteil von mindestens 50 Prozent der Gesamtprojektkosten übernehmen und davon zehn Prozent des bewilligten Bundesbeitrages als Barbeitrag an die Arbeitsleistung des Forschungspartners

einbringen. Vom Erlass des Barbeitrags können KMU mit bis zu 249 Mitarbeitern und einem Exportanteil von mindestens 50 Prozent profitieren.

Keine Entlassungswelle

Was die Arbeitslosigkeit in der Schweiz betrifft, werde die Schweiz «das tiefe Niveau» von aktuell 3,1 Prozent kaum ohne Abstriche halten können. Auch wenn es in den nächsten Monaten in einigen Branchen einen Stellenabbau geben werde, so gehe er dennoch nicht von einer grossen Entlassungswelle aus, sagte Schneider-Ammann.

Gleichzeitig warnte er vor der «Gefahr der Deindustrialisierung». Sie erfolge in kleinen Schritten, und das sei gefährlich: «Die Schweiz darf nicht den Weg anderer europäischer Länder, etwa Frankreich und England, gehen, wo fast nur noch ein Dienstleistungssektor besteht. Sonst können wir nicht mehr allen Menschen in diesem Land eine berufliche Perspektive geben.» SDA

Orascom legt im ersten Halbjahr erneut zu

Investor Sawiris will Umsatz 2015 deutlich steigern

Aldorf/Kairo. Der Bau- und Hotelkonzern Orascom Development Holding hat im ersten Halbjahr weiterhin zugelegt. Die Gruppe des ägyptischen Investors Samih Sawiris erwartet, ihren Umsatz im Jahresvergleich um 35 bis 40 Prozent steigern zu können. Der angepasste Betriebsgewinn vor Abschreibungen und Amortisationen (Ebitda) werde in der Spanne von 46,5 bis 47,5 Millionen Franken erwartet, gab Orascom Development Holding gestern bekannt. Das definitive Resultat will Orascom am Donnerstag vorlegen.

Die grösste Tochtergesellschaft mit Namen Orascom Hotels and Development (OHD) konnte den Umsatz um 25 Prozent auf 937,2 Millionen ägyptische Pfund (116,4 Millionen Franken) steigern. Der Betriebsgewinn (Ebitda) schoss gar um 93 Prozent auf 383,3 Millionen ägyptische Pfund (47,5 Millionen Franken) nach oben. Unter dem Strich verdiente die Tochtergesellschaft 167,1 Millionen ägyptische Pfund (umgerechnet rund 20,7 Millionen

Franken). Im Vorjahreszeitraum hatte OHD noch einen Verlust von 41,6 Millionen ägyptischen Pfund (5,2 Millionen Franken) hinnehmen müssen. Erst im vergangenen Jahr hatte der Konzern nach verlustreichen Jahren die Rückkehr in die Gewinnzone geschafft. Das Geschäft in Ägypten, das lange unter den Turbulenzen der Revolution gelitten hatte, erholte sich.

Wesentlich zum starken Ergebnis bei OHD beigetragen haben die positive Entwicklung des Hotelsegments und die Realisierung weiterer Grundstücke aus einem Sub-Entwicklervertrag, hiess es. Die Immobilienverkäufe erlebten einen enormen Anstieg und erreichten 503,7 Millionen Millionen ägyptische Pfund (62,5 Millionen Franken). Im Vorjahr waren es lediglich 153,4 Millionen ägyptische Pfund (19 Millionen Franken) gewesen. Auch die Hotels konnten ihren Betriebsgewinn stark verbessern. Der legte um 77 Prozent auf 13,8 Millionen ägyptische Pfund (1,7 Millionen Franken) zu. SDA